



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

viele Menschen und In- und Ausland zeigten sich im letzten Jahr überrascht über die große Welle an Hilfsbereitschaft, mit der die Deutschen den Massenansturm von 1,1 Millionen Flüchtlingen empfangen. Mit einem derart großen Ausmaß an Willkommenskultur hatte niemand gerechnet.

Der diese Woche vorgestellte Freiwilligensurvey hat dargelegt, dass ehrenamtliche Tätigkeit hierzulande weit verbreitet ist und in den letzten 15 Jahren sogar um zehn Prozent zugenommen

hat. 31 Millionen Menschen engagieren sich derzeit ehrenamtlich. Das sind 43 Prozent der Gesamtbevölkerung über 14 Jahren. Mit 16,3 Prozent engagieren sich die meisten Menschen im Bereich Sport und Bewegung. Es folgen Schule und Kindergarten sowie Kultur und Musik mit dem fast gleichen Anteil von rund neun Prozent.

Ein Drittel der Ehrenamtlichen ist bereits mehr als zehn Jahre aktiv. Die meisten, knapp 60 Prozent, wenden dafür zwei Stunden pro Woche auf.

Es freut mich sehr, dass so viele Menschen in unserem Land bereit sind, ihre Freizeit zum Wohle von uns allen zu „opfern.“ Für viele

ist es erfreulicherweise ja kein Opfer, sondern es bereitet ihnen Spaß.

Und damit das auch so bleibt, werde ich mich als Mitglied des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement weiterhin dafür einsetzen, dass ehrenamtliche Tätigkeiten gesamtgesellschaftlich gewürdigt und anerkannt sowie politisch honoriert werden.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre

Ihr

Der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans 2030 ist da

Für unseren Wahlkreis bin ich zufrieden. Ausbau der B112 (Ortsumgehung Neuzelle-Eisenhüttenstadt), ein heiß umkämpftes Vorhaben steht im „Vordringlichen Bedarf“. Jetzt ist das Land Brandenburg mit seit Jahren anstehenden Planungsleistungen dran.

Der Ausbau der Schleusen in Fürstenwalde und Klein-

machnow sind wieder aufgenommen. Für unsere Region vordringlich stehen sie leider nur im „Weiteren Bedarf“. Da müssen alle Betroffene „dran bleiben“, insbesondere das Land Brandenburg.

Der weitere Ausbau der Schnellverbindung B87 (zwischen A12 und A13) durch Ortsumgehungen hat neben der Entlastung

der Ortschaften auch wirtschaftliche Bedeutung.

Fazit: Nachdrücklicher Lobbyismus lohnt sich, wichtige Anliegen dürfen nicht vorschnell aufgegeben werden.

Resonanz auf meine Reise nach Vietnam

Am Montag (11.04.16) traf ich mich mit dem Executive Director der deutschen Sektion von „VETO! - Human Rights Defenders' Network e.V.“ Vu Quoc Dung. Als engagierter Menschenrechtsverteidiger hat er meine Reise, die ich im Rahmen des Bundestagsprogramms „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ nach Vietnam zur Beobachtung des Prozesses gegen den Blogger Nguyen Huu Vinh (Anh Ba Sam) absolviert habe, unterstützt und inhaltlich begleitet. Dung hat in einer ausführlichen Auswertung dargestellt, welche vielseitige, insbesondere positive Resonanz auf meine vom Bundestag legitimierte Reise geäußert und gezeigt wurde.

Wenn nun weder eine tatsächliche Prozessbeobachtung im Gerichtsgebäude (Ablehnung wurde mit Platzmangel begründet) noch die erhoffte Freilassung oder ein mildes Urteil für den Blogger Nguyen Huu Vinh (Anh Ba Sam) und seine Mitarbeiterin erreicht wurden, so gab



Vor dem Gericht in Hanoi

es aber einen anderen wichtigen Effekt. Durch meine Präsenz vor dem Gerichtsgebäude konnte ich mit denjenigen Menschen, die für Anh Ba Sam demonstrierten, ins Gespräch kommen und mich mit Ihnen solidarisch erklären. Der Prozess wirkte so mit einer viel größeren Aufmerksamkeit in die Öffentlichkeit hinein, als wenn ich im Gerichtsgebäude gewesen wäre. Dieses alles nicht zum Wohlgefallen der Sozialistischen Republik Vietnam. Aber zur Ermutigung vieler anderer Vietnamesen, die sich nach ei-

ner pluralistischen demokratischen Gesellschaft mit Freiheit und innerlicher Versöhnung sehnen.

Das Auswärtige Amt und die deutsche Botschaft in Hanoi haben mich ebenso unterstützend begleitet und eine positive Bilanz meines Besuchs gezogen. Mit einer Verbalnote an das Außenministerium Vietnams bekundete das Auswärtige Amt sein Bedauern und Missfallen darüber, dass ich als Vertreter des Deutschen Bundestages nicht als Prozessbeobachter zugelassen wurde. Nun wird das Auswärtige Amt meinen Besuch zum Anlass nehmen, an den Rechtsstaatsdialog mit Vietnam wieder anzuknüpfen.

Das Programm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ bietet wunderbare Gelegenheiten für ein konkretes menschenrechtliches Handeln. Das will ich fortsetzen und mich für eine Hafterleichterung und mögliche Haftentlassung von Nguyen Huu Vinh einsetzen. Bei meiner nächsten Reise nach Vietnam steht daher ein Haftbesuch auf meiner Agenda.



Executive Director der deutschen Sektion von „VETO! - Human Rights Defenders' Network e.V.“ Vu Quoc Dung.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Di + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Große Koalition einigt sich auf Integrationsgesetz

Am 14. April 2016 haben sich die Parteispitzen von CDU, CSU und SPD auf ein Integrationsgesetz für Flüchtlinge verständigt. Ziel des Gesetzes ist es, die Integration der zu uns gekommenen Menschen in die Gesellschaft sowie den Arbeitsmarkt durch staatliche Maßnahmen zu fördern und zugleich von Ihnen Eigenbemühungen einzufordern. Das neue Gesetz soll eine Vielzahl neuer Maßnahmen enthalten. Hier die wichtigsten:

- Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsgelegenheiten aus Bundesmitteln.
- Flüchtlinge sollen auch als Leiharbeiter beschäftigt werden können.

- Pflicht zur Teilnahme an Integrationsmaßnahmen. Bei Ablehnung Leistungskürzung.
 - Insbesondere zur Vermeidung sozialer Brennpunkte soll es eine verhältnismäßige Verteilung von Schutzberechtigten geben. Über die konkrete Ausgestaltung der Wohnsitzzuweisung wird kommende Woche mit den Ländern verhandelt.
 - Während der Ausbildung erhält der auszubildende Asylbewerber eine Aufenthaltsgarantie. Danach darf er zwei Jahre bleiben.
 - Integrationskurse sollen bereits innerhalb von 6 Wochen nach Anmeldung zum Kurs ermöglicht werden.
- Für mich kann Integration nicht ohne Partizipation

gelingen. Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in unserem Land setzt den Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten, Einstellungen und den Willen, eine Neuorientierung des Einzelnen in unser werteorientiertes, Grundrechtebasiertes System einzugehen, voraus. Zentral ist hier das Erlernen der deutschen Sprache und eine Kommunikationsfähigkeit und-bereitschaft gegenüber der Aufnahmegesellschaft. Deshalb erwarten wir auch von Deutschen wie Migranten, dass sie die geforderte Teilnahme der Flüchtlinge in den unterschiedlichsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in unserem Lande ermöglichen und mit allen verfügbaren Möglichkeiten unterstützen.

Kundgebung zu Problemen der Stahlindustrie

Die Kundgebung zu den Problemen der Stahlindustrie am 11.04.2016 in Berlin hat einmal mehr darauf aufmerksam gemacht, dass der internationale Wettbewerb in dieser Branche zu höchst ungleichen Konditionen führt und dringend internationaler Verhandlungen bedarf, will man nicht Tausende Arbeitsplätze in Deutschland gefährden. Auch dieses Thema sollte beim nächsten Treffen der G7 eine Rolle spielen.



Mit Anke Müller und Andreas Müller von Arcelor Mittal Eisenhüttenstadt (von links).